

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist brüchig geworden. Wir erleben das tagtäglich in unserem politischen und teilweise auch im privaten Leben und das zeigt sich auch im Ergebnis der Bundestagswahl. Und deshalb müssen wir alles dafür tun, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder zu stärken. Und – Integration schafft Zusammenhalt – unsere Debatte heute ist also aktuell und dringend notwendig.

Dabei geht es um jeden einzelnen Menschen. Denn alle - egal, ob sie alt oder jung sind, mit oder ohne Behinderung, beschäftigt oder langzeitarbeitslos, egal ob sie hier geboren sind, seit vielen Jahren mit Migrationsgeschichte hier leben oder ob sie in letzter Zeit zu uns geflüchtet sind, alle Menschen haben ein Leben in Freiheit, sozialer Sicherheit und Würde verdient.

Damit Integration funktioniert, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Baden-Württemberg ist gut aufgestellt. Mit Blick auf die Bundespolitik ist aber genau das in vielen Bereichen nicht der Fall.

Es fehlt beispielsweise bezahlbarer Wohnraum. Unter den hohen Mietpreisen leiden gerade die Haushalte mit kleinem Einkommen. Wer wenig hat, wird an den Rand gedrängt. Bezahlbares Wohnen ist aber existenziell – gerade für kinderreiche Familien, Alleinerziehende, für Menschen mit Behinderung, Erwerbslose und auch für Geflüchtete. Wir Grünen hier im Land haben unsere Hausaufgaben gemacht und die Förderung für neue bezahlbare Mietwohnungen kräftig ausgebaut. Das reicht aber nicht. Wir brauchen im Bund unbedingt eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Und notwendig ist eine Mietpreiskontrolle, die auch tatsächlich ihren Namen verdient. Hier muss die Bundespolitik endlich liefern.

Voraussetzung für Integration ist auch Sprache und Bildung. Notwendig sind ausreichend Kita- und Kindergartenplätze. Wir brauchen mehr Deutschkurse – insbesondere für geflüchtete Frauen und dafür braucht es auch eine verlässliche Kinderbetreuung, damit die Frauen die Angebote überhaupt nutzen können. Sprache ist der Grundstein für Integration und für den späteren beruflichen Lebensweg. Hier ist die nächste Bundesregierung in der Verantwortung. Denn das kostet alles auch Geld. Aber es lohnt sich.

Damit Integration gelingt, muss auch das familiäre Umfeld stimmen. Und damit bin ich beim Familiennachzug. Es kann nicht sein, dass die Sicherheit eines Kindes aus Syrien keine Rolle spielt, nur weil die CSU bald in Bayern Landtagswahlen hat. Und deshalb war es richtig und wichtig, dass wir Grünen den Familiennachzug bei den Jamaika-Sondierungen stark gemacht haben. Aber das sehen nicht alle so. Ich habe beispielsweise nach den Sondierungen ein Mail erhalten und ich möchte einen Satz daraus zitieren: „15 Kohlekraftwerke könnten ruhen! Jetzt werden sie weiter qualmen, nur weil ihr meint, jede Flüchtlingsfamilie retten zu können.“ Unsere Antwort ist: ja - der Klimaschutz ist wichtig, aber Humanität auch. Wir dürfen das Eine nicht gegen das Andere ausspielen. Wir Grünen stehen zum Familiennachzug, denn das ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Auch Erwerbsarbeit ist wichtig für Integration und sozialen Zusammenhalt. Deshalb fordern wir schon lange einen Sozialen Arbeitsmarkt, als Antwort auf die Langzeitarbeitslosigkeit, die sich immer mehr verfestigt. In den Sondierungen wurde das auch vereinbart – das war wirklich ein riesen Erfolg, der mir besonders wichtig war. Denn der Soziale Arbeitsmarkt entspricht dem Leitbild einer

inklusive Gesellschaft, die für alle Chancen ermöglicht und vor allem die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Auch Geflüchtete brauchen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb haben wir auch heftig im Bundestag für die so genannte 3+2 Regelung – für die Ausbildungsduldung - gekämpft. Mit Erfolg, denn Geflüchtete in Ausbildung dürfen nicht mehr abgeschoben werden. Hier gibt es mit dem CDU-geführten Innenministerium in Baden-Württemberg wieder neue Probleme – und es ist gut, lieber Manne Lucha, das ihr hier richtig Druck macht. Die bisherige Regelung greift aber dennoch zu kurz. Deshalb fordern wir heute zu Recht mit unserem Antrag, dass die Ausbildungsduldung auf Einstiegsqualifizierung, einjährige, schulische und überbetriebliche Ausbildung ausgeweitet wird. Denn Chancen entstehen durch alle Formen von Ausbildung und Qualifizierung. Vor allem ist das motivierend für die jungen Flüchtlinge und das gibt auch Sicherheit. Davon profitieren alle – die Wirtschaft, die Flüchtlinge und auch die Gesellschaft.

Wir brauchen auch ein Einwanderungsgesetz, denn wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft und wenn wir nicht darauf reagieren, dann droht Fachkräftemangel. Aber es gibt noch einen weiteren Grund. Ich werde immer wieder von Betrieben angeschrieben, die Geflüchtete zwar nicht ausbilden, aber unbefristet angestellt haben. Sie können es einfach nicht verstehen, warum ihre Arbeitskräfte dennoch abgeschoben werden sollen. So geht Engagement und Vertrauen in der Wirtschaft verloren. Das geht gar nicht. Auch deshalb brauchen wir dringend ein Einwanderungsgesetz und zwar verbunden mit einem Paradigmenwechsel. Denn wir wollen Asylsuchenden und Geduldeten, die einen Arbeitsplatz haben, endlich einen „Spurwechsel“ vom Asylrecht ins Einwanderungsrecht ermöglichen. Das ist dringend nötig. Für die Menschen eröffnen wir so Perspektiven. Und diesen Spurwechsel brauchen auch die Betriebe, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Das ist wichtig, denn die Integration in den Arbeitsmarkt kann nur gemeinsam mit der Wirtschaft gelingen.

Und abgesehen davon: Ein Einwanderungsgesetz wäre auch eine klare Botschaft an den rechten Rand in den Parlamenten, denn es zeigt: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Integration funktioniert natürlich auch nur mit einer klaren Haltung. Eine gute Integrationspolitik erfordert Offenheit, Respekt und Toleranz. Zusammenleben braucht vor allem als Grundprinzip auch Solidarität. Und solidarisch meint, dass wir das Verständnis füreinander und untereinander stärken müssen und dass wir alle – mit ihren Problemen, Bedürfnissen und Lebenslagen - einbeziehen. Wir dürfen niemanden alleine lassen und niemand darf diskriminiert werden. Dafür stehen wir Grünen und diese Haltung müssen wir immer und immer wieder offensiv und gradlinig vertreten – hier im Land und mit dem Einzug der AfD konsequent auch im Bundestag.